
Baptisten und Demokratie

Einige Anmerkungen

Erich Geldbach

Die folgenden Ausführungen mussten innerhalb kürzester Zeit zu Papier gebracht werden, weil einer der prominenten Referenten der Berliner Tagung, der Generalsekretär der EBF, Dr. Theo Angeloff, kurzfristig seine Teilnahme absagen musste. Der Autor hatte nur wenige Stunden Zeit, um seine Gedanken zu Papier zu bringen. Der Leser ist deshalb gebeten, die holzschnittartigen Ausführungen zu entschuldigen und zu bedenken, dass der Referent nur zwanzig Minuten für seine Darlegungen eingeräumt bekam.

Man kann sagen, dass im allgemeinen die Baptisten ein demokratisch gesinntes Volk sind. Das Priestertum aller Gläubigen ist die theologische Basis für das egalitäre Prinzip. Man sollte an dieser Stelle auch hinzufügen, dass diese Ansicht am Beginn der baptistischen Bewegung die Frauen als gleichberechtigt einschloss, eine Tatsache, die in späteren Entwicklungen traurigerweise oft genug vergessen wurde. Vom Schöpfer-Gott aus gesehen sind alle Brüder und Schwestern, die in seinen Bund durch die Taufe eingetreten sind, gleichberechtigt. Das war zugleich die Basis für heftige Kritik an Bischöfen, die über das Volk regierten, ohne ein Mandat durch das Volk zu besitzen. Das lässt sich auf der örtlichen Ebene anders gestalten, weil der Pastor der Herde von dieser gewählt wird und der Gemeinde gegenüber verantwortlich für seine Taten und Unterlassungen ist. Die Gemeindestunde, in der alle wichtigen Fragen besprochen werden, ist so organisiert, dass eine Person auch eine Stimme hat, wenn nach der Diskussion Entscheidungen anstehen. Keine andere größere Kirche ist so sehr dem Priestertum aller Gläubigen verpflichtet und damit auch der Autonomie der einzelnen Ortsgemeinde wie die baptistische Gemeinschaft.

In Übereinstimmung mit dem Thema unserer Konferenz mag die Frage erörtert werden, ob diese Sicht durch den kulturellen Kontext in England zu Beginn des 17. Jahrhunderts hervorgebracht wurde, als die baptistische Geschichte begann, oder ob es eine notwendige Folge des Lesens und Verstehens der Heiligen Schrift ist, wie es Baptisten taten. Mein Verständnis der baptistischen Geschichte neigt zu der zweiten Möglichkeit, aber das Lesen der Heiligen Schrift zu Beginn der baptistischen Geschichte geschah im Kontext einer bischöflichen Ordnung innerhalb der anglikanischen Kirche. Gegenüber diesem Hintergrund haben die Baptisten ein klares Verständnis des Priestertums aller Gläubigen entwickelt und in der nachfolgenden Geschichte entscheidende Beiträge zur Entwicklung der

Demokratie und der Menschenrechte geleistet. Baptisten scheinen am besten zu gedeihen, wenn ein bestimmter Referenzrahmen sichergestellt ist, konkret gesagt: eine Gesellschaft, die charakterisiert ist durch demokratische Institutionen und rechtsstaatliche Verhältnisse. Es scheint, als sei diese Konstellation weitgehend verantwortlich für den riesigen Zulauf zu den baptistischen Gemeinden im 19. Jahrhundert in den USA.

In einer Demokratie ist die Regierung abhängig vom Willen des Volkes; sie wird gebildet durch das (Wahl)Volk und soll für das Volk handeln. Die Regierungsverantwortung ist nicht das Geburtsrecht einiger weniger, die zufällig in eine adlige Familie geboren wurden. Eine Demokratie strebt die Mitbestimmung des ganzen Volkes an, um zu seiner bestmöglichen Regierung zu gelangen, und die Besonderheit demokratischer Institutionen kann man so zusammenfassen, dass die politische Macht an einige Verantwortungsträger für eine nur begrenzte Zeit delegiert wird und dass die Institutionen nicht nur unabhängig voneinander sind, sondern dass sie sich auch gegenseitig kontrollieren. Die Judikative operiert auf einer anderen Grundlage als die Legislative oder die Exekutive, aber alle sind notwendig, um die Rechtsstaatlichkeit zu sichern. Es soll verhindert werden, dass eine Person oder sein Clan, sein Stamm oder seine Kaste die Kontrolle über ein Land an sich reißt und dieses Land in eine Diktatur verwandelt, die nur dem Wohlbefinden einiger weniger auf Kosten des Wohlbefindens der Massen dient. Das demokratische Gegenstück zur Diktatur haben die australischen römisch-katholischen Bischöfe mit dem nicht übersetzbaren Wortspiel »common wealth and common good« zum Ausdruck gebracht: Die finanziellen, natürlichen und intellektuellen Ressourcen einer Gesellschaft bilden den gemeinsamen Reichtum (»common wealth) und sind wie ein »commonwealth«, das diesen Namen verdient. Es verdient diesen Namen nur dann, wenn der gemeinsame Reichtum auch dem Gemeinwohl aller (»common good«) zugute kommt. Ein anderer wesentlicher Aspekt ist die Funktionsfähigkeit einer loyalen Opposition. Die Opposition ist kein notwendiges Übel, sondern ein unerlässlicher Teil des demokratischen Systems. Es kann keine lebendige Demokratie ohne eine Opposition geben, und die Opposition ist »loyal«, weil sie nicht darauf abzielt, das ganze System zu stürzen. Ihre Loyalität richtet sich vielmehr an dem Wohlbefinden aller aus, während sie eine Alternative zu denjenigen bietet, die gerade zufällig und bis zur nächsten Wahl die Macht in Händen haben. Es ist das Ziel der Opposition, das Wahlvolk davon zu überzeugen, dass ihr Programm »besser« ist als das derjenigen, die gegenwärtig die Regierung stellen.

In einem demokratischen Gemeinwesen sollten die Bedingungen so sein, dass alle Bürger beim Regieren und Regiertwerden in bedeutsamer Weise mitbestimmen können. Daher ist die öffentliche Debatte, die offene, informierte und für alle lesbar, hörbar und sichtbar geführte Diskussion in den Medien (Zeitungen, Magazinen, Fernsehen, Radio, Internet), in Schulen und Universitäten, in Clubs und Vereinen und schließlich

auch in den Kirchen von größter Bedeutung. Die Kirche oder Gemeinde kann als eine unabhängige, aber öffentliche Plattform für die notwendige Diskussion aufgefasst werden. Eine Gesellschaft, die dies alles erlaubt, kann als eine offene und partizipatorische Gesellschaft angesprochen werden. Das Prinzip des Priestertums aller Gläubigen ist transformiert in den Bereich der Politik als ein »Politikertum aller Bürger«. Es sollte keine »politische Klasse« und keine politische Elite geben. Das Gleichheitsprinzip funktioniert sowohl in einer demokratischen Gesellschaft als auch in einer baptistischen Gemeinde so, dass durch eine offene Debatte entschieden wird, was das Beste für alle ist.

Gegenwärtig sind die Demokratie und der demokratische Prozess in einer ernsthaften Krise. Die Globalisierung von Gütern und Dienstleistungen sowie von Finanzen und wissenschaftlichen und technologischen Errungenschaften hat mächtige ökonomische, finanzielle und technologische Konzerne sowie Mediengiganten entstehen lassen, die weltweit so operieren, dass nationale Regierungen weitgehend keine Kontrolle mehr darüber besitzen, was in ihrem eigenen Lande passiert, und schon gar nicht darüber, was auf der internationalen Bühne vor sich geht. Der Prozess, dass sich wirtschaftliche Macht und die Verfügung über die Medien in den Händen von wenigen konzentrieren, scheint darauf hinauszulaufen, dass die nationalen Regierungen zu Dienern transnationaler Korporationen und Interessengruppen werden; dieser Prozess hat nationale und internationale Amtsträger empfänglich für Korruption und Bestechung werden lassen. Wer verfügt eigentlich über die Kontrolle und wem sind Politiker Rechenschaft schuldig für ihre Handlungen oder für ihre Unterlassungen? Wie werden Entscheidungen getroffen und zu welchen Zielen? Wie können Nationen ihre finanziellen und natürlichen Ressourcen gebrauchen? Die multinationalen Korporationen können jedem Land der Welt ihr Programm aufoktroyieren, und Politiker handeln nach der Maxime »Wes Brot ich ess, des Lied ich sing«. In diesem Land sind wir erst vor kurzem Augenzeugen eines großen Geldwäscheskandals gewesen, in den international operierende Firmen und der frühere Kanzler Helmut Kohl und seine Partei involviert waren. Diese Partei nennt sich ironischerweise Christliche Demokratische Union.

Einige andere Beispiele seien angeführt:

1. Wir wissen eigentlich nichts über die langfristigen Auswirkungen des radioaktiven Mülls. Gleichwohl produzieren wir jährlich Hunderte von Tonnen solcher Giftstoffe, und Präsident Bush hat im Mai 2001 angekündigt, weitere Atomkraftwerke zu bauen. Übrigens hat die deutsche Regierung einige Wochen später eine Übereinkunft mit den Energiegiganten unterzeichnet, in dem sich beide Seiten verpflichteten, alle Atommeiler innerhalb der nächsten zwanzig Jahre stillzulegen.
2. Wir wissen viel über die Gründe und die Gefahren der globalen Erwärmung. Gleichwohl fahren wir fort, Kohle zu verbrennen, weigern uns, Autos mit geringem Benzinverbrauch zu konstruieren, und setzen da-

- her tonnenweise Kohlendioxid in die Atmosphäre frei; Regenwälder und andere natürliche Umwelten werden weiterhin sinnlos zerstört.
3. Wir wissen eigentlich nichts über die Konsequenzen der genetischen Veränderung von Pflanzen, Tieren oder sogar Menschen, und trotzdem werden genetisch veränderte Lebensmittel vermarktet, ja wir klonen Tiere und experimentieren weiterhin mit menschlichen Zellen oder Stammzellen.
 4. Wir wissen, wie viel Manipulation in den Nachrichtenmedien geschieht, und dennoch unternehmen wir nichts, um das Monopol einiger weniger Giganten in der Informationsindustrie zu begrenzen.
 5. Wir wissen praktisch alles über die Grenzen der natürlichen Ressourcen, und dennoch fahren wir fort, sie auszubeuten, so als ob sie uns für immer zur Verfügung stünden.
 6. Wir wissen, dass wir eigentlich nicht viel benötigen, um ein lebenswertes Leben zu führen, und dennoch werden wir dauernd durch die Reklameindustrie herausgefordert, die in uns künstliche Bedürfnisse weckt, damit mehr verkauft und ein höherer Profit erreicht wird.
 7. Wir wissen, dass finanzielle Manipulationen eine Volkswirtschaft oder eine Währung in ernste Schwierigkeiten bringen können, wie dies seinerzeit mit dem südafrikanischen Rand geschehen ist, und dennoch haben wir keine Mittel entwickelt, um Geldhändler und Firmen zu kontrollieren, die riesige Geldsummen durch einen Knopfdruck um den ganzen Globus herumsenden können.

Als die Veränderungen in Osteuropa passierten, ließ sich ein unerwarteter Mangel an Begeisterung beobachten, im Gegensatz etwa zu den Veränderungen in Südafrika. Als ich einen Tag vor der letzten nur für Weiße reservierten Wahl in Südafrika landete, war ich überrascht, als ich mir das Apartheidsystem näher anschaute, wie viel Opposition im Lande war. Zeitungen waren in Opposition, junge Menschen trugen T-Shirts mit klaren Antipartheidslogos, ein Netzwerk von zivilen Organisationen arbeitete gegen das Regime, obgleich Einzelne und Gruppen in dauernder Gefahr waren verfolgt zu werden, Kirchengemeinden engagierten sich in vorderster Front im Kampf gegen Rassenhass. Mit anderen Worten, gegen alle Widerstände gab es vitale Zeichen ziviler Unruhe für ein besseres Ziel, ein Schwimmen gegen den Strom, ein öffentliches Leben in politischer Opposition gegen das Regime. All dies war Ausdruck einer funktionierenden Zivilgesellschaft, und all dies hatte auf der anderen Seite in den kommunistischen Staaten gefehlt. Sie wurden monopolisiert durch eine und nur *eine* Meinung, und jede Abweichung wurde durch die Staatssicherheit oder durch andere Mittel unterdrückt. Selbst die Kirche war kein Faktor, der sich für die Veränderung einsetzte. Dies ist besonders deutlich in den Ländern, wo die Orthodoxie dominierende Religion ist und wo sie sich darauf beruft, ein religiöses Monopol zu besitzen. Dort hatte die kommunistische Ideologie, die als eine Quasi-Religion anzuse-

hen ist, die Orthodoxie sozusagen beerbt: Ein religiöses Monopolssystem wurde von einem anderen (quasi)religiösen System ersetzt, und nach der Wende beansprucht der alte Monopolist wieder das Monopol. Er weiß aber wenig oder gar nichts von offener und öffentlicher Diskussion und demokratischen Werten. Aber wir sollten nicht auf andere schauen. Selbst während die Veränderungen vor sich gingen, haben einige baptistische Prediger in der früheren DDR ihren Leuten immer noch beizubringen versucht, dass man den staatlichen Autoritäten Gehorsam leisten müsse, wie es die lutherische Auslegung von Röm 13 (»seid untertan der Obrigkeit«) seit Jahrhunderten in diesem Land gelehrt hatte.

Andere Beispiele könnten hinzugefügt werden. Es mag dabei sein Bewenden haben, weil alle nur das Eine aufzeigen sollen: dass wir nämlich heutzutage eine Globalisierung der Demokratie dringend nötig haben. Demokratie kann nicht länger Ausdruck eines lebendigen Lebensstil auf einer nationalen Ebene sein, sondern Demokratie muss sich internationalisieren. Es bedarf international operierender und demokratisch kontrollierter Institutionen, die die machtvollen Interessengruppen unter Kontrolle halten. Die Ziele könnte man so umschreiben:

1. Die Ausbeutung der Natur zu stoppen, um eine natürliche Umwelt für zukünftige Generationen sicherzustellen. Sie haben ein Recht auf eine solche Umwelt, so dass die gegenwärtige Generation dafür arbeiten muss, die Überlebensfähigkeit der Wirtschaft und Umwelt sicherzustellen.
2. Internationale Regeln und Gesetze einzuführen, die Menschen und Firmen verantwortlich halten für das, was sie tun oder versäumen.
3. Sicherzustellen, dass jeder Zugang zu einer Vielzahl von Informationen hat und nicht nur zu einem Informationsmonopolisten.
4. Den Respekt vor den Menschenrechten sicherzustellen. Diese schließen ein: zivile und politische Rechte, soziale und ökonomische Rechte, die Rechte zukünftiger Generationen und die Rechte einer natürlichen Umwelt.
5. Repressive Regierungen und Tyrannen zu identifizieren und sie international zu isolieren.
6. Durch Dialog und durch gegenseitigen Respekt einen religiös motivierten »Kampf der Zivilisationen« zu verhindern, weil die Geschichte unterstreicht, dass religiöse Kriege die blutigsten sind.
7. Die UNO zu stärken als einen Garant internationaler Übereinkommen.

Es bedarf wenig Phantasie, um zu dem Ergebnis zu kommen, dass alle diese Punkte »konservativen« Programmen in der Politik zuwider laufen, obwohl, ironisch genug, alle wichtig sind, um zu »konservieren« und um gewisse Standards aufrecht zu erhalten. Wie können baptistische Gemeinden dazu beitragen, dass sich die internationale Demokratie im Lichte der kritischen Zeichen der Zeit ausbreitet?

1. Baptisten müssen sich ins Bewusstsein zurückrufen, welche wichtigen Beiträge sie zur Hervorbringung der Demokratie geleistet haben.

2. Baptisten müssen von einem Individualismus und von einer Konzentration auf das individuelle »Seelengewinnen« Abstand nehmen zugunsten der größeren Herausforderungen, mit denen alle Menschen in der gegenwärtigen Welt konfrontiert sind. Das soll nicht bedeuten, dass es keiner missionarischen und evangelistischen Anstrengungen bedarf, aber wir müssen unsere Vision von Mission und Evangelisation vergrößern.
3. Baptisten müssen die sozialen Implikationen des Evangeliums Christi in der Macht des Heiligen Geistes neu entdecken und entsprechend handeln. Baptisten wären gut beraten, wenn sie sich an ihre eigenen Propheten wie Walter Rauschenbusch oder Martin Luther King wenden würden und sie im Lichte der gegenwärtigen Situation wieder und wieder lesen würden.
4. Baptisten müssen die Lokalgemeinde stärken und lokal denken und handeln.
5. Baptisten müssen zur gleichen Zeit global denken und handeln, um die Idee der Autonomie der Ortsgemeinde zugunsten der Universalität der Kirche Christi zu überwinden bzw. um zwischen Ortsgemeinde und universaler Kirche zu einem Gleichgewicht zu kommen. Das kann am besten geschehen, indem der Baptistische Weltbund, die Europäische Baptistische Föderation oder vergleichbare baptistische Organisationen in anderen Teilen der Welt gestärkt werden und indem interdenominationale Organisationen wie die Konferenz Europäischer Kirchen oder entsprechende Organisationen auf anderen Kontinenten und der Ökumenische Rat der Kirchen unterstützt werden.
6. Baptisten müssen allen Formen des Fundamentalismus abschwören und sich der Unterstützung rechter und rechtsradikaler Politik enthalten.
7. Baptisten müssen den Weltbund in seiner Rolle als Nicht-Regierungsorganisation stärken.
8. Baptisten müssen an der vordersten Front stehen, um neue Mittel zu entwickeln, wie Bürger besser partizipieren können, z.B. Bürgergutachten, so wie sie der baptistische Soziologe Peter Diemel entwickelt hat, und andere solche Möglichkeiten.
9. Baptisten sollten in jedem Land diejenigen Menschen genau beobachten, die zu den Entscheidungsträgern gehören, und sie sollten zugunsten der Unterdrückten, der Stummen und der Opfer politischer Systeme intervenieren.
10. Baptisten sollten in der Öffentlichkeit stärker sichtbar sein und sie sollten die offene, informierte und öffentliche Debatte zum Wohle aller Bürger unterstützen.